INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 12. April 2010 Nr. 08/10

INNENPOLITIK

Arbeitsmarkt: Positive Signale, doch keine Entwarnung
Frauenministerin Heinisch-Hosek will Aufwertung der Teilzeitarbeit

EUROPA INTERNATIONAL

UNO-Chef Ban Ki-Moon in Wien
EU-Ratspräsident Van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann
Außenminister Spindelegger zu Besuch in Moldawien
Tiefe Bestürzung über Ableben des polnischen Präsidenten Kaczyński

WIRTSCHAFT

Industrie gewinnt an Fahrt
FFG: Firmen forschten auch in Krise
OeNB-Totalverstaatlichung gestartet

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Bildungspolitik: Schmied forciert einheitliche und hohe Standards
Erhard Busek neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel
Deutscher Opferverband: Spur von SED-Geldern führt nach Österreich
40 Jahre Rauriser Literaturtage
WAGNER:WERK Museum Postsparkasse: Die Wirtschaftswunderfrauen
Fair Fashion zieht an: Internationaler Weltladentag am 8. Mai 2010
Türkische Schulen in Wien für Bürgermeister Michael Häupl denkbar

SPORTPOLITIK

Darabos: „Sportförderung in Österreich soll auf neue Beine gestellt werden!“
Fachmagazin „TEAM ROT-WEISS-ROT“

IMPRESSUM
Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; http://www.bundeskanzleramt.at;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

.

INNENPOLITIK

Arbeitsmarkt: Positive Signale, doch keine Entwarnung

Die Situation auf dem heimischen Arbeitsmarkt hat sich leicht entspannt: Erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise ist im März die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen (ohne Schulungen) im Jahresvergleich um 1,8 % (4.807 Personen) auf 266.320 zurückgegangen. Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Schulungsteilnehmer, die nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik aufscheinen, um 33,6 % auf 84.017 Betroffene. Inklusive Schulungsteilnehmern hatten im März somit 350.337 Personen keinen Job. Das waren um 4,9 % oder 16.330 Arbeitssuchende mehr als vor einem Jahr, aber saisonbedingt um fast 50.000 weniger als im Februar, wie Sozialministerium und Arbeitsmarktservice (AMS) am 1. April bekanntgegeben haben.

Ein deutlicher Anstieg wurde bei Langzeitarbeitslosen (plus 28,8 %) verzeichnet, während auf dem Leiharbeitsmarkt laut AMS die Arbeitslosigkeit um 13,6 % signifikant zurückging. Deutlich entspannt hat sich die Situation auch in der Industrie: In der Produktion ging die Zahl der Jobsuchenden im Vergleich zum Vorjahr um 10 % zurück, die Jugendarbeitslosigkeit nahm um 5,9 % ab. Ebenso meldete die Tourismus-Branche für März einen Rückgang der Arbeitslosen um 3,9 %.

Bei den offenen Stellen gab es gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr ein Plus von 2,3 % oder 644 auf 28.083 Jobs. Gesunken ist die Arbeitslosigkeit in den Bundesländern Salzburg (-11,5 %), Tirol (-9,9 %), Steiermark (-7,3 %) und Burgenland (-5,6 %).

Positive Signale ortete auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Die Richtung stimme, „für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh“, so Hundstorfer bei der Präsentation der Arbeitsmarkt-Statistik in Graz. Von einer Trendwende könne man erst dann sprechen, wenn die Arbeitslosigkeit in allen Gruppen – bei Männern, Frauen, Jugendlichen, Menschen über 50 Jahre und Schulungsteilnehmern – zurückginge, erklärte der Sozialminister.

Den Zuwachs bei Personen in Schulungen führte Hundstorfer auf das stark erweiterte AMS-Kursangebot zurück. Diese Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen würden die Jobchancen der Menschen deutlich erhöhen: Qualifizierung sei der beste Weg aus der Arbeitslosigkeit. So hätten 2009 50 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Schulung des AMS binnen drei Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden, betonte der Sozialminister.

Im EU-Vergleich weise Österreich mit einer Gesamtarbeitslosenquote von 5,0 % hinter den Niederlanden (4,0 %) nach wie vor den zweitniedrigsten Wert auf. Der Durchschnitt der EU-27 lag bei 9,6 %.

Frauenministerin Heinisch-Hosek will Aufwertung der Teilzeitarbeit

Teilzeitkräfte verdienen bei gleicher Arbeit weniger als Vollzeitkräfte, beim Bruttostundenlohn gibt es in manchen Branchen sogar bis zu drei Euro Unterschied. Das besagt eine Studie zur Qualität von Teilzeitbeschäftigung, die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek am 30. März präsentiert hat.

„Teilzeit kann für Frauen eine Sackgasse sein“, erklärte Heinisch-Hosek. Rund 700.000 Frauen in Österreich würden Teilzeit arbeiten, fast die Hälfte wegen Betreuungspflichten. Hier zeige die Studie einen wesentlichen Unterschied zur männlichen Teilzeitbeschäftigung: Für Männer seien Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der häufigste Grund für Teilzeitarbeit, lediglich 3 % würden sie für Kinderbetreuung nutzen. Männer würden zudem meist zu Anfang oder gegen Ende ihrer Berufslaufbahn einem Teilzeitjob nachgehen, während teilzeitbeschäftigte Frauen großteils in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen zu finden seien, also in der Haupterwerbsphase, so die Frauenministerin.

Über die Hälfte der Frauen arbeite weniger als 24 Wochenstunden, doch ein Viertel von ihnen wolle eine Aufstockung der Wochenstunden, was nur selten geschehe, betonte Heinisch-Hosek. Außerdem bedeute Teilzeit oft eine Abqualifizierung, jede fünfte Frau finde nach ihrem Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung. Dieser Umstand und das Missverhältnis bei den Löhnen müssten korrigiert werden. Eine Offenlegung der Löhne in den Betrieben sei daher „unverzichtbar“.

Die Regierung habe bereits wichtige Schritte zur Verbesserung der Arbeitssituation von Frauen gesetzt: einkommensabhängiges Kindergeld für einen rascheren Wiedereintritt nach der Karenz bzw. als Anreiz zur Väterkarenz sowie die Möglichkeit der Elternteilzeit bis zum 7. Lebensjahr des Kindes.

Als zusätzliche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie forderte Heinisch-Hosek mehr Kinderbetreuungsplätze, Stärkung der Väterkarenz und eine betriebsinterne Informationspflicht über offene Vollzeitstellen vor deren externer Ausschreibung.

EUROPA INTERNATIONAL

UNO-Chef Ban Ki-Moon in Wien

UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon ist am 8. April in Wien mit der österreichischen Staats- und Regierungsspitze zusammengetroffen. Er führte Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Außenminister Michael Spindelegger und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Erörtert wurden die aktuelle Lage in Kirgisistan, Nahost und Afghanistan sowie Österreichs Einsätze bei UNO-Friedensmissionen und die internationalen Klimaschutzziele.

Man habe sich über die genannten Themen eingehend ausgetauscht, erklärte Faymann nach seiner Unterredung mit dem UNO-Chef. Aus dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen müssten nun dringend Lehren gezogen werden, den Einsatz für gemeinsame verbindliche Ziele sei man den „nachfolgenden Generationen schuldig", betonte Faymann in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Österreich wolle dazu aktiv einen Beitrag leisten, wobei Wien sich als Veranstaltungsort für eine Klimakonferenz anbieten würde. Ban Ki-Moon sprach sich für einen verbindlichen Klimaschutzvertrag aus. Er dankte der „österreichischen Regierung für deren aktive Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel".

Weiters dankte der UNO-Chef Österreich für dessen „essentielle Rolle" bei den UNO-Friedensmissionen, insbesondere im Rahmen des Golan-Einsatzes. Bis dato hätten sich mehr als 90.000 Österreicherinnen und Österreicher bei internationalen Friedenseinsätzen bewährt.

Im Nahen Osten will Ban Ki-Moon die baldige Aufnahme von Annäherungsgesprächen auch künftig unterstützen, um den Nahost-Friedensprozess anzukurbeln. Über den Konflikt in Kirgisistan zeigte sich Ban sehr beunruhigt. In Kooperation mit der OSZE plane man die Entsendung eines Sonderbeauftragten.

Dank gab es auch für Österreichs aktive Rolle im UN-Sicherheitsrat und die gute Kooperation bei allen globalen Herausforderungen. Ban unterstrich die Übereinstimmung mit Wien im Kampf gegen die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen sowie für die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter und die Erreichung der Millenniumsziele. Bundeskanzler Faymann erhielt eine Einladung zum nächsten UNO-Sondergipfel in New York (20. bis 22. September). Beim so genannten Millenniumsgipfel wird es um die Ziele der Vereinten Nationen bis 2015 und die Roadmap zu deren Umsetzung gehen.

Faymann seinerseits sicherte dem UNO-Chef die fortgesetzte Unterstützung Österreichs im Sicherheitsrat zu. In der Wirtschaftspolitik gelte es, Gelder für dringende soziale Anliegen wie Armutsbekämpfung oder Maßnahmen im Gesundheitsbereich bereit zu stellen, anstatt Finanzmittel durch Spekulationsgeschäfte zu verlieren. Verstärkte Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte seien daher unumgänglich, betonte der Bundeskanzler.

EU-Ratspräsident Van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann ist am 6. April in Wien mit EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zu einem Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Man habe zentrale europäische Fragen erörtert, darunter gemeinsame Maßnahmen im Kampf gegen die Finanzkrise, erklärte Bundeskanzler Faymann. Wichtige Diskussionspunkte waren auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Bankenabgabe sowie die Kriminalitätsbekämpfung in Europa. Für letzteres sei mit der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex in der EU bereits eine Kooperationsbasis geschaffen worden, „die wir nun weiter verstärken müssen", so Faymann, der dafür Van Rompuys Unterstützung erhielt.

Außenminister Spindelegger zu Besuch in Moldawien

Die Republik Moldau solle „möglichst nahe" an die EU herangeführt werden, betonte Außenminister Michael Spindelegger am 9. April bei einem Treffen mit Amtskollegen Iurie Leanca in Chisinau. In Moldau, das als ärmstes Land Europas gilt, sei punkto Reformbestrebungen „in kurzer Zeit sehr viel passiert" und damit der „richtige Weg, sich europäischen Standards anzupassen", eingeschlagen, zeigte sich Spindelegger erfreut. Österreich werde eine baldige Visa-Liberalisierung für moldauische Bürger befürworten.

Tiefe Bestürzung über Ableben des polnischen Präsidenten Kaczyński

Der Tod des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und zahlreicher anderer Passagiere bei einem Flugzeugabsturz in Russland am 9. April hat auch in Österreich für große Bestürzung gesorgt. Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann zeigten sich „zutiefst erschüttert und betroffen". Sie drückten der Familie Kaczyńskis, den Angehörigen der Opfer und der polnischen Bevölkerung Österreichs Anteilnahme aus.

WIRTSCHAFT

Industrie gewinnt an Fahrt

Europas und somit auch Österreichs Industrie gewinnt deutlich an Fahrt. Im März hat vor allem der schwächere Euro zum stärksten Wachstum seit November 2006 geführt. Die Betriebe hätten ihre Geschäftstätigkeit bereits den sechsten Monat in Folge ausgeweitet, wie Experten des Forschungsinstituts Markit zur jüngsten Umfrage unter 3.000 Firmen am 1. April mitgeteilt haben. Markit-Chefökonom Chris Williamson sprach von einem „regelrechten Boom“ in den Ländern der Eurozone.

Je nach Land sind die Unterschiede allerdings recht beträchtlich. Während in Deutschland, Österreich, Italien oder Frankreich die Geschäfte immer besser laufen, rutschte das unter einer Schuldenkrise leidende Griechenland noch tiefer in die Rezession ab.

Österreichs Industrie lässt die Wirtschaftskrise unterdessen sukzessive hinter sich. Laut Einkaufsmanager-Index der Bank Austria wies die heimische Industrie im März die höchste Produktionsausweitung seit 20 Jahren auf. Stark angezogen haben demnach die Einkaufspreise, aber auch die Verkaufspreise legten erstmals wieder zu. Insgesamt wird die Industrie heuer um 4 % wachsen. „Die Prioritäten verschieben sich offenbar wieder langsam von unbedingtem Kostenbewusstsein in Richtung risikobewusster Wahrnehmung neuer Geschäftschancen“, unterstrich Bank Austria-Ökonom Walter Pudschedl am 30. März.

Die anhaltende Verbesserung der Auftragslage führe zu einer unerwartet dynamischen Produktionsausweitung in der Industrie. Auch die Beschäftigung im Sektor stabilisiere sich, die wachsende Nachfrage ermögliche wieder Preisanpassungen, so die Experten. Der aktuelle Bank Austria Einkommensmanager-Index hat sich auf 56,7 Punkte verbessert, was laut Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer „ein klares Signal für ein starkes Wachstum“ ist. Der Produktionsindex hat auf 60,4 Punkte zugelegt und damit den zweithöchsten jemals gemessenen Wert erreicht. Die „Auftragspolster“ würden mit weitgehend stabiler Geschwindigkeit zunehmen, da sich das Neugeschäft anhaltend günstig entwickle, so Bruckbauer.

Auch die Industriellenvereinigung spricht von einer „kräftigen Erholung“, schränkt jedoch ein, dass man von einer Normalauslastung der Kapazitäten noch 5 bis 10 Prozentpunkte entfernt sei. Derzeit liege die Auslastung der Unternehmen im Durchschnitt bei 70 bis 75 %.

Die Arbeitslosigkeit ging in der Produktion jedenfalls im Vergleich zum Vorjahr um 10 % zurück – auch ein Indikator, der zu sachtem Optimismus berechtigt.

FFG: Firmen forschten auch in Krise

Die österreichischen Unternehmen haben auch in der Krise geforscht. Das geht aus einer am 9. April präsentierten Bilanz der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) eindrucksvoll hervor: Die Zahl der von der FFG zugesagten Projekte stieg 2009 um knapp 21 % auf 3.072, die Summe der ausgezahlten Mittel um mehr als 3 % auf 378 Mio. Euro. Zurückgegangen ist allerdings gegenüber dem Jahr davor die Gesamtförderung der FFG (Zusagen) um rund 7 % auf 508 Mio. Euro. Auch die künftige Entwicklung macht der FFG-Geschäftsführung einigermaßen Sorge.

Für 2009 stellte FFG-Chef Klaus Pseiner hingegen eine „erstaunliche Entwicklung“ fest: Die Unternehmen hätten antizyklisch gearbeitet und verstärkt in Forschung investiert. Es habe nicht nur mehr Antragsteller gegeben als 2008, sondern auch der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unter den FFG-Fördernehmern sei um 8 Prozentpunkte auf 77 % angewachsen. Die „Nagelprobe“ komme aber erst im laufenden Jahr. Hier werde sich zeigen, wie es weiter gehe, so Pseiner.

Mehr Förderzusagen als im Jahr davor erteilte 2009 auch die staatliche Förderbank austria wirtschaftsservice GmbH (aws): Insgesamt gab es 5.960 Förderzusagen an österreichische Unternehmen, um rund 15 % mehr als 2008. Das Fördervolumen ging aber um 1 % auf 982 Mio. Euro leicht zurück, was konjunkturbedingt auf das zurückhaltende Investitionsverhalten der Firmen zurückzuführen sei, heißt es im aktuellen Leistungsbericht.

Mehr als 4.500 Zusagen waren Zuschüsse, Haftungen sowie Kredite und Darlehen. Rund 64 % davon gingen an die Branchen Sachgüterproduktion und Dienstleistungen. Insgesamt vergab die aws 97 % der Zusagen an KMU.

OeNB-Totalverstaatlichung gestartet

Die Vollverstaatlichung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wobei die Republik Österreich die restlichen 30 % übernehmen will, ist sozusagen in der Zielgeraden: Eine Handvoll Aktionäre, vor allem mit kleinen Paketen, habe die Abtretung bereits unterschrieben, hieß es dazu am 31. März. Mit dabei ist unter anderem die Vienna Insurance Group (0,47 %. Verkaufen werden auch RZB (8,73 %) und WKÖ (8,33 %).

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Bildungspolitik: Schmied forciert einheitliche und hohe Standards

Nach den Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wird auch die Matura an den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) reformiert. Ab dem Schuljahr 2014/15, also ein Jahr später als an den AHS, soll die schriftliche Reifeprüfung auch an den BHS gleichzeitig abgehalten werden. In den Fächern Deutsch, Mathematik und Lebende Fremdsprache gibt es Österreich weit einheitliche Aufgaben.

Die neue Matura an den BHS orientiert sich weitgehend an der 2009 beschlossenen Reifeprüfungsreform an den AHS:

Der Maturant muss eine Diplomarbeit, die mit der „vorwissenschaftlichen Arbeit" an den AHS zu vergleichen ist, eigenständig außerhalb der Unterrichtszeit verfassen. Wird sie mit „Nicht genügend" bewertet, muss sie mit anderer Themenstellung bis Herbst wiederholt werden. Sonderregeln gibt es an HTL und land- und forstwirtschaftlichen Schulen: Bei einer negativen Beurteilung muss im Herbst eine schriftliche „Projektklausur" absolviert werden. Unabhängig davon darf der Schüler aber zu den schriftlichen und mündlichen Maturaterminen trotzdem antreten.

Bei der schriftlichen Matura können die Schüler zwischen Varianten mit drei oder vier Klausuren wählen. Verpflichtend sind grundsätzlich Deutsch, Mathematik und die erste Lebende Fremdsprache, wobei die Aufgaben unter Federführung des Bundesinstituts für Forschung, Innovation und Entwicklung (BIFIE) zentral erstellt werden. Anders als bei den AHS können BHS-Schüler bei der Variante mit drei schriftlichen Klausuren die dritte Prüfung durch eine nicht zentral vorgegebene Fachklausur aus einem Schul-Schwerpunktfach (z.B. Rechnungswesen an der HAK) ersetzen. So sollen die Ausbildungsschwerpunkte bestmöglich abgebildet werden.

Im Rahmen der mündlichen Matura müssen je nach Zahl der schriftlichen Klausuren zwei oder drei Prüfungen abgelegt werden. Die Aufgaben werden von den Fachlehrern der jeweiligen Schule erstellt.

In Deutsch, Mathematik und in der ersten Lebenden Fremdsprache müssen die Schüler jedenfalls maturieren – ob schriftlich oder mündlich bleibt ihnen überlassen.

Neben der Matura-Reform an der BHS schickte Unterrichtsministerin Claudia Schmied noch zwei weitere Gesetzesentwürfe in Begutachtung: Einerseits werden die bis zum Ende dieses Schuljahres befristeten Sprachförderkurse für außerordentliche Schüler unbefristet verlängert. Diese ermöglichen Kindern an Pflichtschulen mit mangelnden Deutschkenntnissen spezielle Förderung bis zu elf Wochenstunden. Andererseits müssen Schulbücher künftig „kompetenzorientiert" auf die Anforderungen der neuen Matura und der Bildungsstandards eingehen.

Für Unterrichtsministerin Claudia Schmied geht damit „die Bildungsreform weiter". Die Ausweitung der Maturareform auf die BHS „ohne deren Ausbildungsschwerpunkte zu vernachlässigen sowie die Anpassung der Schulbücher an die neuen Herausforderungen sind zwei unabdingbare Schritte". Die Verlängerung der Sprachförderkurse bezeichnete die Ministerin als „bildungspolitische Pflicht".

Erhard Busek neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel

Der frühere Vizekanzler Erhard Busek – Präsident des Forums Alpbach und Vorsitzender des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) – wird neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel. Busek übernimmt den Vorsitz von dem ehemaligen internationalen Bosnien-Beauftragten Paddy Ashdown, der nach vier Jahren von dieser Funktion zurücktrat.

Er sehe das Zentrum als „Advokat für Russland in der EU und für die EU in Russland". Ziel sei es, Dialog und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Busek verwies darauf, dass er auch Präsident des „International Center for Advanced and Comparative EU-Russia/NIS Research (ICEUR)" mit Sitz in Wien sei, bei dem der Schwerpunkt im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Dialog liege.

Das EU-Russland-Zentrum in Brüssel ist nach eigenen Angaben „eine Non-Profit-Organisation" und „eine unabhängige Informations- und Kompetenzressource", die als Plattform engere Beziehungen zwischen der EU und Russland fördern will. Dabei soll das Zentrum auch sicherstellen, „dass beide Seiten internationale Standards einhalten in Hinblick auf Schlüsselelemente der Zivilgesellschaft, wie etwa Demokratie, Menschenrechte und eine unabhängige Justiz". Busek sagte, es bestehe „keine Regierungsabhängigkeit". Finanziert werde das Zentrum von privaten Geldgebern und Stiftungen.

Von Jänner 2002 bis Juni 2008 war im übrigen Erhard Busek Sonderkoordinator des EU-Südeuropa-Stabilitätspaktes, des Vorläufers des heutigen Regionalen Kooperationsrates (Regional Co-operation Council/RCC).

Deutscher Opferverband: Spur von SED-Geldern führt nach Österreich

Die deutsche „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) hat Anspruch auf beträchtliche Gelder aus dem SED-Vermögen angemeldet, über dessen Herausgabe ein Schweizer Gericht kürzlich entschieden hat: Das Zürcher Obergericht hat die zur UniCredit-Gruppe gehörende Bank Austria in zweiter Instanz zur Zahlung von 128 Mio. Euro aus dem Vermögen der früheren DDR-Staatspartei SED an die Bundesrepublik verurteilt. Einschließlich der seit 1994 aufgelaufenen Zinsen beläuft sich die Summe demnach auf insgesamt 230 bis 240 Mio. Euro.

Die deutsche Bundesregierung, die zuletzt SED-Gelder fast nur in Infrastrukturmaßnahmen gesteckt habe, sei in der Pflicht, diesmal das Geld ausschließlich den Opfern der SED-Diktatur in der DDR zukommen zu lassen, forderte die VOS am 30. März in Berlin. Weiters sollen in allen neuen Bundesländern entsprechende Landesstiftungen gebildet werden, die die Förderung der Opferverbände sicherstellen.

Bei dem Geld handelt es sich um das Vermögen der DDR-Außenhandelsfirma Novum. Wer aus dem Westen mit DDR-Kombinaten ins Geschäft kommen wollte, musste Zwangsprovisionen an Novum zahlen, die in den Staatshaushalt oder in die SED-Kasse flossen. Novum-Geschäftsführerin war seit 1973 die Wiener Geschäftsfrau Rudolfine Steindling (75), die von 1978 bis 1992 als alleinige Treuhänderin fungierte.

Das Urteil vom 25. März ist noch nicht rechtskräftig. Auf jeden Fall werde die Bank Austria in nächster Instanz dagegen ankämpfen, sagte ein Bank-Austria-Sprecher.

40 Jahre Rauriser Literaturtage

Mit Hans Joachim Schädlich, Peter Henisch, Katja Oskamp, Bodo Hell und Michael Köhlmeier kamen heuer von 7. bis 11. April fünf Träger des Rauriser Literaturpreises in die Salzburger Berggemeinde, um das 40-Jahr-Jubiläum der Rauriser Literaturtage zu feiern. Dazu gesellten sich 19 weitere Autoren wie Peter Turrini, Wolf Haas, Peter Esterhazy, Samson Kambalu oder Hubert von Goisern, der nicht als Sänger mit seiner „Quetschn“ hervortrat, sondern um aus seinem ersten eigenen Buch „Stromlinien“ zu lesen und das Entstehen und Zusammenführen von Melodie und Text zu erläutern.

Krankheitsbedingt absagen musste der Rauris-Fan und Schweizer Büchner-Preisträger Adolf Muschg.

Eröffnet wurde das Festival von Kulturministerin Claudia Schmied, die betonte, dass Rauris aus der österreichischen Literaturlandschaft nicht mehr wegzudenken sei. Die Festrede hielt Bodo Hell, die Preise überreichte Landeshauptfrau Gaby Burgstaller.

Der Preisträger des Jahres 2010 hieß Thomas Klupp. Der 32-jährige Autor aus Erlangen (Deutschland) erhielt die Auszeichnung für seinen Roman „Paradiso“, der – so die Jury – „das Böse entblößt, die Muster von Schelmen- und Dandy-Roman dekonstruiert und dabei in kunstvollem Jargon der Generation von Wohlstandsverwahrlosung mit einer Vielzahl von Stimmen überrascht“.

Der Rauriser Förderpreis für bisher unveröffentlichte Prosa war heuer explizit den Studierenden der Rauriser „Partner-Universitäten“ Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck gewidmet. Der Preis geht an den Innsbrucker Martin Fritz für die Erzählung „hier war jetzt“.

Musiker lockerten die zahlreichen Lesungen – viele bis spät in die Nacht – auf. Mehr als 4.000 Menschen interessierten sich für die Lesungen, Gespräche und Diskussionen, die gratis waren. www.rauriser-literaturtage.at

WAGNER:WERK Museum Postsparkasse: Die Wirtschaftswunderfrauen

Die 50er Jahre erscheinen im Rückblick als Zeit der Restauration, Stagnation und kleinbürgerlichen Idylle, gepaart mit unbedingtem Aufstiegswillen und Wohlstandsstreben. Besonders die Frauen erfuhren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Rollenzuweisung. Die Männer waren aus dem Krieg zurückgekehrt, die Frauen, die während des Krieges selbständig für sich und ihre Kinder gesorgt hatten, wurden nun in die Hausfrauenrolle zurückgedrängt. Hausarbeit war bis zum Ersten Weltkrieg insbesondere in bürgerlichen Familien weitgehend bezahlte Erwerbsarbeit – nun wurde sie zum Liebesdienst erklärt. Aus der Hausherrin wie aus dem Dienstmädchen wurde eine Hausfrau.

Die dienende Haltung, die Frauen ihren Männern nun entgegenbrachten und die von Ratgebern und Frauenzeitschriften gefördert und eingefordert wurde, basierte auch auf der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frauen, die noch dazu rechtlich festgeschrieben war: Bis zur Familienrechtsreform 1975 galt in Österreich der Mann als Familienoberhaupt. Wollte eine verheiratete Frau einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, musste sie sich von ihrem Ehemann die Erlaubnis dazu erteilen lassen: die Frau war „…nur dann berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit das mit ihren Pflichten in Ehe

und Familie vereinbar ist“. Ein eigenes Konto für die berufstätige Ehefrau einzurichten, über ihre Einkünfte auch verfügen zu dürfen (!), bedurfte der Unterschrift des Ehemannes.
Wie richteten sich die Frauen der 50er Jahre in dieser Rolle ein? Wie gestalteten sie ihr Leben und das ihrer Familie? Und welche Wertvorstellungen gaben sie an ihre Töchter weiter?
Die Ausstellung „FEMININE FIFTIES. Die Wirtschaftswunderfrauen“ zeigt bis 22. Mai, Mo – Fr 9 – 17 Uhr, Sa 10 – 17 Uhr im Großen Kassensaal anhand von ca. 200 ausgewählten Objekten die Welt der 50er-Jahre-Frauen. Zu sehen sind u. a. eine Originalküche sowie ein Wohnzimmer aus den 50er Jahren, Dekorationsgegenstände (Keramikfiguren und Keramikwandmasken der Firma Keramos, Wiener Kunstkeramik und Porzellanmanufaktur) sowie Alltagsgegenstände, Mode, Fotos, Broschüren aller Art, Kinoprogramme, Autogrammkarten und Frauenzeitschriften.
Im Museumsshop ist auch ein reich bebildeter, ausführlicher Katalog erhältlich, hrsg. von Monika Wenzl-Bachmayer. Preis 20 Euro.
Georg Coch-Platz 2, 1018 Wien. Besucherinfo: www.ottowagner.com

Fair Fashion zieht an: Internationaler Weltladentag am 8. Mai 2010

Ein Großteil der arbeitsintensiven Produktion von Bekleidung wurde seit den 1970er Jahren in Entwicklungs- und Schwellenländer verlagert. Hier schuften Textilarbeiterinnen 60 bis 70 Stunden in der Woche ohne Krankenversicherung, Mutterschutz oder Überstundenbezahlung. Ihre Einkommen stagnieren trotz steigender Lebensmittelpreise. Vielerorts sind Gewerkschaften nur am Papier erlaubt. Wer sich organisiert, riskiert den Job. Sexuelle Belästigung und Unterdrückung gehören für diese Frauen zum traurigen Arbeitsalltag. Die Löhne ermöglichen es den Arbeiterinnen kaum, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.
Dem gegenüber setzen die „Weltläden“ seit vielen Jahren auf faire Arbeitsbedingungen, auch in der Textilindustrie. Sie wollen Existenz sichernde Löhne garantieren und gerechte Preise bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. „In der Mode- und Bekleidungsindustrie beobachten wir einen Trend hin zu ‚Fairer Mode’ in Bioqualität. Die Nachfrage steigt. In den letzten Jahren setzen Textilfirmen daher zunehmend auf soziale und ökologische Standards. Dadurch wächst das Angebot an fair gehandelter Mode“, so Barbara Kofler, Geschäftsführerin der ARGE Weltläden. Diese kommt von der EZA Fairer Handel, dem jungen österreichischen Modekollektiv „Göttin des Glücks“ sowie den international arbeitenden Fair-Trade-Lieferanten Ideo, Ethos, dwp und El Puente.
ProjektpartnerInnen auf der Produktionsseite sind u. a. Craft Aid Mauritius und Rajlakshmi in Indien. Sie achten auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards bei allen Zwischenstufen der Verarbeitung: vom Baumwollfeld über das Entkernen, Verspinnen, Weben, Färben bis zur Konfektion.
Unter dem Motto „Fairer Handel mein Stil“ machen die österreichischen Weltläden in Aktionswochen rund um den Internationalen Weltladentag, am 8. Mai, auf die schlechten Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie aufmerksam. Neben Informationsveranstaltungen bringen mobile Modenschauen – von Vorarlberg, Land Salzburg bis Niederösterreich - fair gehandelte Bekleidung auf die Straße, die als Laufsteg fungiert.
Zusätzlich können in der virtuellen Modenschau „Individual Fair Fashion Award“ (www.individualfairfashionaward.at) AnhängerInnen fair gehandelter Mode Fotos ihrer persönlichen Lieblingsstücke ausstellen.
Die Weltläden vertreiben ausschließlich fair gehandelte Textilien und garantieren so die Einhaltung sozialer und ökonomischer Mindeststandards entlang der gesamten Produktionskette. www.weltlaeden.at

Türkische Schulen in Wien für Bürgermeister Michael Häupl denkbar

Für Bürgermeister Michael Häupl sind türkische Schulen bzw. Gymnasien in Wien denkbar. Dies betonte er am 9. April in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Botschafter Kadri Ecvet Tezcan. Sie könnten in Analogie etwa zum Lycée Français, der Vienna International School oder zur Komenski-Schule, in der u. a. Tschechisch oder Slowakisch gelehrt wird, entstehen. Allerdings würde eine türkische Schuleinrichtung wohl nicht in die Kompetenz des Landes Wien fallen, das nicht für weiterführende Schulen zuständig ist und fremdsprachige Schulen meist private Träger haben.
Tezcan verwies auf Expertenmeinungen, wonach man die Muttersprache beherrschen müsse, um eine fremde Sprache – etwa Deutsch – zu lernen, was wiederum Voraussetzung für eine funktionierende Integration sei. Laut Häupl besuchen rund 40 Prozent der knapp 16.000 türkischstämmigen Kinder in Wien muttersprachliche Kurse. In Österreich gebe es übrigens rund 5.000 Firmeninhaber sowie Hunderte Akademiker und Künstler mit türkischen Wurzeln, so Botschafter Tezcan.

SPORTPOLITIK

Darabos: „Sportförderung in Österreich soll auf neue Beine gestellt werden!“

Sportminister Norbert Darabos packt das Riesen-Projekt „Förderreform“ an. Gemeinsam mit allen Akteuren im heimischen Sport wird er die Sportförderung des Bundes völlig neu ausrichten. Ziel ist ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz. Die Eckpfeiler für das Gesetz sollen Ende des Jahres stehen, in Kraft treten soll es mit 1.1.2012. „Das ist ein Megaprojekt, aber ich bin fest entschlossen, es durchzuziehen. Ich habe in der Anti-Doping-Politik gezeigt, dass ich Worten auch Taten folgen lasse. Das wird bei der Förderreform nicht anders sein“, gibt sich Österreichs oberster Sportpolitiker kämpferisch. Eine Schwäche im derzeitigen System sieht der Sportminister in der Kontrolle der Fördermittel. Darabos: „Es gibt grobe Mängel in der Kontrolle. Nicht zuletzt die aktuellen Vorfälle im ÖOC zeigen die dringende Notwendigkeit, die Kontrollmöglichkeiten des Fördergebers auszubauen. Hier müssen wir ansetzen, damit Tarnen und Täuschen durch Geheimkonten und Doppelverrechnungen erschwert werden.“ Die Kontrollorgane können aufgrund der vielen verschiedenen Fördertöpfe immer nur in einen kleinen Teil der Gesamtmittel einsehen. „Ich fordere daher eine Prüfung der Gesamtgebarung anstelle von Einzel-Belegsprüfungen. Das wäre auch für die Verbände eine wichtige Vereinfachung. Zudem gehört die inhaltliche Kontrolle verstärkt. Wir müssen sicherstellen, dass das Geld dort verwendet wird, wo es gebraucht wird und wofür es gedacht ist – zur bestmöglichen Unterstützung unserer Sportlerinnen und Sportler“, so der Sportminister. Weitere Problembereiche des derzeitigen Fördersystems sieht Darabos in fehlender Schwerpunktsetzung, zu vielen verschiedenen Fördertöpfen, vielfach unklaren Zweckwidmungen und mangelhafter Abstimmung mit den Gebietskörperschaften.

Die fünf Hauptziele der Förderreform aus Sicht des Sportministers sind die folgenden:

Weg von der Gießkanne - hin zu einer zielorientierten Förderung mit Schwerpunktsetzung;

Die Sportler in den Mittelpunkt - möglichst direkte Förderung und klare Strukturen;

Abbau von Bürokratie - weniger Fördertöpfe, Vereinfachung für die Verbände;

Bessere Abstimmung mit den Ländern - genau definierte Aufgabenteilung im Sport;

Mehr Transparenz durch bessere Kontrolle.

Der Minister spricht sich seit seinem Amtsantritt für die Etablierung von Prime-Sportarten in Österreich aus und möchte diese im Rahmen der Förderreform etablieren. Der Verein SportsEconAustria wurde beauftragt, gemeinsam mit einer Expertengruppe aus dem Sport ein Modell zu entwickeln, mit dem fair und transparent die zukünftigen „Prime-Sportarten“ anhand qualitativer und quantitativer Kriterien ermittelt werden können. Erste Schritte zu einer modernen Sportförderung hat der Minister schon 2009 gesetzt. Der neue § 11a wurde im Bundessportförderungsgesetz verankert und ermöglichte erstmals gezielt auf die Bedürfnisse der Verbände einzugehen und flexibel zu fördern.

“Mir ist besonders wichtig, dass möglichst viele Expertinnen und Experten des Sports aktiv diesen Prozess gestalten und dass der gesamte Österreichische Sport hier an einem Strang zieht“, sagt Darabos, der bereits im Sommer 2009 zu einer großen Arbeitsgruppe mit Personen aus den verschiedensten Bereichen des Sports eingeladen hat. Mit Prof. Wolfgang Mayrhofer übernahm ein ehemaligen Spitzensportler, Silbermedaillengewinner im Segeln bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau und jetziger Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, die Projektkoordination. Er wird den Förderprozess begleiten und moderieren.

Im Jänner starteten unter seiner Leitung die drei Arbeitsgruppen „Breitensport“, „Spitzensport“ und „Aufgabenteilung“, in denen je acht ExpertInnen aus dem Sport Vorschläge für die Umsetzung in einem Fördermodell ausarbeiten. Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen stehen bis Ende Mai. Am 1. Juni folgt dann ein Experten-Workshop, gefolgt von der BSO-Präsidentenkonferenz, die Anfang Juli stattfinden wird. Nach Einarbeitung des Feedbacks über den Sommer wird es im Herbst einen finalen „Expertenvorschlag“ geben.

Fachmagazin „TEAM ROT-WEISS-ROT“

Dieser Tage erscheint die erste Ausgabe des Fachmagazins „TEAM ROT-WEISS-ROT“, der Plattform der Spitzensportförderung des Bundes. Dieses 36 Seiten starke Magazin befasst sich mit den Erfolgen der knapp 500 geförderten Spitzensportlerinnen und – sportler in Österreich. Fachberichte aus dem Bereich der Wissenschaft und sportspezifische Serviceseiten ergänzen den Inhalt des Heftes, das im Rahmen der Judo-EM der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird.